

schließlich Präsident des Leal Senado wurde. Nach Gründung der SVR Macau wurde er Vizepräsident des Vorstands des Provisional Municipal Council of Macau und nach Schaffung des Civic and Municipal Affairs Bureau im Januar 2002 Präsident des Verwaltungskomitees. (www.blogmacau.info, www.gcs.gov.mo, 16.2.07; XNA, 1.3.07; SCMP, 5.4.07)

Taiwan

Hans-Wilm Schütte

KMT in der Krise: ein Überblick

Eine gegen Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), den Vorsitzenden der großen Oppositionspartei Kuomintang (KMT), erhobene Korruptionsanklage löste im Februar eine Krise aus, deren Weiterungen für Taiwans politische Zukunft noch nicht zu übersehen sind. Die wichtigsten Punkte:

- Ma Ying-jeou trat als KMT-Vorsitzender zurück. In der wichtigen Phase, in der die Kandidatenkür für die Präsidentschaftswahlen vom März 2008 vorbereitet werden sollte, stand die KMT plötzlich nur noch unter interimistischer Leitung. Sein Nachfolger muss noch gefunden werden.
- Unmittelbar nach seinem Rücktritt verkündete Ma seinen Anspruch, KMT-Kandidat für die nächste Präsidentschaftswahl zu werden. Seine innerparteilichen Gegner halten es für unklug, jemanden ins Rennen zu schicken, der womöglich wegen Korruption verurteilt wird. Aber wo wäre die Alternative zu Ma?

- Die KMT-Statuten, die für eine "saubere", also korruptionsfreie, Partei sorgen sollen, wurden sogleich geändert, um Ma eine Kandidatur zu ermöglichen. Eine weitere Aufweichung ist im Gespräch. Mas innerparteiliche Gegner befürchten für die KMT einen Ansehensverlust in der Öffentlichkeit, wenn Bestechlichkeit nun wieder zum Kavaliersdelikt herabgestuft wird. In der dadurch ausgelösten Debatte stehen Machterhalt und moralische Glaubwürdigkeit gegeneinander.
- Mas Sturz und die dadurch ausgelöste Gefahr, die nächsten Wahlen zu verlieren – bereits für den Dezember steht die Neuwahl des Parlaments an – sorgen in der KMT für Hektik und neue Machtkämpfe. Insbesondere die Fraktion um Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping), der im Jahr 2005 bei der Urwahl des Parteivorsitzenden Ma haushoch unterlag, gewinnt wieder Oberwasser. Sollte einer der beiden Rivalen – Wang Jin-pyng oder Ma Ying-jeou – beschließen, als Unabhängiger für die nächste Präsidentschaft zu kandidieren, käme es (wie schon im Jahr 2000) zu einer Spaltung des "blauen" Lagers, so dass sich die Wahlchancen für den Kandidaten der Regierungspartei DPP erheblich verbessern würden. Mithin kann der Ausgang der derzeitigen Machtkämpfe innerhalb der KMT entscheidende Rückwirkungen auf Taiwans Zukunft zeitigen.

Korruptionaffäre: Ma Ying-jeou gibt KMT-Vorsitz auf

Die große Oppositionspartei Kuomintang

(KMT) verlor im Februar ihren Vorsitzenden: Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), 56, bis letzten Dezember auch Bürgermeister von Taipei, wurde wegen Veruntreuung angeklagt. Er trat daraufhin von seinem Posten zurück.

Die Staatsanwaltschaft zeigte sich überzeugt, dass Ma in den Jahren 2002 bis 2006 11 Mio. TWD (248.000 EUR) aus Mitteln der Stadt Taipei auf sein eigenes Konto umgeleitet hat. Das Ermittlungsverfahren war im November 2006 eröffnet worden. (Vgl. C.a., 6/2006, S.155-158). Konkret geht es um ein Spesenkonto, aus dem Ma monatlich 340.000 TWD zur Verfügung standen. Gemäß den Bestimmungen sind für die Hälfte der aus dem Konto getätigten Ausgaben Belege beizubringen; dass es hierbei zu Urkundenfälschungen kam, wurde bereits im November festgestellt; allerdings versicherte Ma, dass die Verwendung falscher Belege ohne sein Wissen und ohne seine Veranlassung geschehen sei. Die andere Hälfte der Sondermittel jedoch, für die Einzelbelege nicht erforderlich sind, ließ Ma über sein Privatkonto laufen. Zwar behauptet Ma, auch diese Beträge für dienstliche Zwecke (Geschenke, Gratifikationen und andere Ad-hoc-Ausgaben) verwendet zu haben, doch ist die Staatsanwaltschaft offenbar anderer Ansicht. Der Staatsanwaltschaft zufolge überwies Ma monatlich 200.000 TWD auf das Konto seiner Frau – 50 000 TWD mehr als seine Bezüge als Bürgermeister betragen.

Ma Ying-jeou war im Juli 2005 mit 72% der Stimmen in einer Urwahl durch die Parteimitglieder zum Vorsitzenden gewählt worden und galt als großer Hoffnungsträger der KMT vor allem im Hin-

blick auf die für März 2008 anstehenden Präsidentschaftswahlen. Er genoss den Ruf eines unbestechlichen Saubermanns und war in der Bevölkerung auch außerhalb der KMT-Anhängerschaft allgemein beliebt.

Mas Rücktritt hängt in einer seltsam ironischen Wendung mit seinem eigenen Bestreben zusammen, die aus Jahrzehnten selbstherrlicher Einparteiendiktatur tief in mafiose Strukturen verstrickte KMT zu reformieren und vom Politfilz vergangener Zeiten zu befreien. Entsprechend war auf Mas Initiative eine Bestimmung verschärft worden, die für ein Parteimitglied das Ruhen der Mitgliedschaft vorsah, wenn es wegen eines Vergehens gerichtlich verurteilt wurde; nunmehr wurde bereits im Falle einer Anklage das Ruhen der Mitgliedschaft vorgeschrieben.

Während die Regierungspartei DPP, der die KMT wegen der Korruptionsaffären im engsten Umkreis von Präsident Chen Shui-bian arg zugesetzt hatte, nun das Walten der Gerechtigkeit bejubelte, sprachen KMT-Abgeordnete von einem schwarzen Tag für die taiwanische Justiz, die angeblich der DPP zu Willen sei.

Wie das Gerichtsverfahren für Ma ausgehen wird, ist derzeit nicht zu überblicken. Ma verweist zu seiner Entlastung darauf, dass es für den Umgang mit den Spesenkonten, die außer ihm noch an die 6.500 andere führende Amtsträger erhielten und weiterhin erhalten, kaum Vorschriften gibt und die meisten Empfänger dieser Mittel über Jahrzehnte hinweg so verfahren wie er, nämlich die nicht belegpflichtige Hälfte der Spesenmittel aufs eigene Konto zu leiten. Er hat sie entsprechend auch als eigene Einnahmen in der Steuererklärung

ausgewiesen. Da jedoch auch ein Teil der belegpflichtigen Ausgaben nicht korrekt verbucht wurden, dürfte Ma kaum ungeschoren davonkommen. Die Gerichtsverhandlung wird für den April erwartet.

Für die KMT war der Rücktritt ihres Vorsitzenden freilich ohnehin ein schwerer Schlag. Dank seines Charismas war (und ist) er vor allem an der Parteibasis populär. In der Parteiführung und vor allem in der Parlamentsfraktion der KMT war seine Stellung weniger stark, aber Parlamentspräsident Wang Jin-pyng als Haupttrivale verfügt nicht über eine genügend große Basis in der Partei, um als echte Alternative für die zukünftige Parteiführung in Frage zu kommen. Schon wurde der Ruf laut, der Exvorsitzende Lien Chan (Lian Zhan), der die Partei bis zum Jahr 2005 leitete, möge noch einmal kandidieren und die kopflos gewordene Truppe wieder einen. Doch will Lien nicht erneut antreten; zudem erschien eine derart rückwärts gewandte Notlösung wohl kaum als geeignete Antwort auf die anstehenden Herausforderungen. Verkompliziert wurde die Frage, wer die Partei in Zukunft leitet, durch die anstehende Nominierung zweier Kandidaten für die Präsidentschaftswahl bzw. die Wahl des Vizepräsidenten. Während etliche Parteioberer, darunter Lien Chan und der interimistische Vorsitzende Wu Poh-hsiung (Wu Boxiong) Wang Jin-pyng baten, er möge doch für den Parteivorsitz kandidieren und Ma das Feld als Präsidentschaftskandidat überlassen, mochte Wang sich zu diesem Schritt nicht entscheiden, erklärte vielmehr, er wolle sich auf eine mögliche Präsidentschaftskandidatur konzentrieren, und da er außerdem das Parlament leite, komme

der Parteivorsitz für ihn nicht in Frage.

Schließlich beschloss Wu Poh-hsiung, sich um den Posten zu bewerben. Er wird dem Kreis der Ma-Sympathisanten zugerechnet. Für die Wang-Fraktion tritt die Parlamentsabgeordnete Hung Hsiu-chu (Hong Xiuzhu) gegen Wu an. Die Nachwahl findet am 7. April statt. (WSJ, 13., 14.2.07; ST, 14.2.07; SCMP, 14.2., 3., 9., 14.3.07; NZZ, 14.2.07; TT, 11., 14., 24.2., 1., 3., 11.3., 3.4.07)

KMT weicht Antikorruptionsbeschluss auf

Bereits eine gute Woche, bevor die Staatsanwaltschaft bekannt gab, dass sie den KMT-Vorsitzenden Ma Ying-jeou wegen Korruption anklage, bereitete seine Partei die Abänderung der rund eineinhalb Jahre zuvor von Ma selbst initiierten Regel vor, wonach eine Parteimitgliedschaft zu suspendieren sei, wenn gegen das betreffende Mitglied ein Gerichtsverfahren laufe. Kaum war KMT-Vorsitzender Ma Ying-jeou zurückgetreten, milderte der ständige Ausschuss des KMT-Zentralkomitees die Bestimmung dahin gehend ab, dass eine Suspendierung der Parteimitgliedschaft (und damit auch aller Parteiämter) erst infolge eines Schuldspruchs vor Gericht erfolgen müsse. Obwohl der Zusammenhang mit der Anklage gegen Ma und dessen intendierter Präsidentschaftskandidatur offensichtlich nicht hätten sein können, bestritt Vizevorsitzender Wu Poh-hsiung seltensamerweise, dass es darum gegangen sei, Mas Kandidatur zu retten. Vielmehr habe die Klausel im Widerspruch zu anderen Bestimmungen der KMT-Satzung gestanden. Warum dann nicht diese anderen Be-

stimmungen an die Antikorruptionsklausel angepasst wurden, erläuterte Wu nicht.

Manchen von Mas Anhängern in der Partei ging die Aufweichung der Antikorruptionsregel jedoch nicht weit genug: Sie verlangten, eine Suspendierung von Mitgliedschaft und Ämtern nur für den Fall vorzusehen, dass ein Berufungsgericht einen Schuldspruch bestätigt habe. In der Tat: Würde Ma als offizieller Präsidentschaftskandidat der KMT nach seiner Nominierung in dem anhängigen Gerichtsverfahren schuldig gesprochen, stünde die Partei ohne Kandidaten da. Die Befürworter dieser Entlastungsstrategie trafen jedoch auf Widerstand vor allem von Seiten der Ma-Gegner in der Partei. So erklärte Mas Widersacher Wang Jin-pyng, die KMT erwecke in der Öffentlichkeit einen schlechten Eindruck, wenn sie ihre moralischen Grundsätze über Bord werfe. Aber auch Freunde des Angeklagten sprachen sich gegen eine weitergehende Aufweichung der Antikorruptionsklausel aus. So erklärte ein KMT-Abgeordneter, offensichtliche Manipulationen würden das Ansehen Mas und der Partei beschädigen. Auch Ma selbst äußerte sich Anfang April dahingehend, es zieme sich nicht, die Parteistatuten auf ihn zuzuschneiden.

Falls es hart auf hart kommt, würde die KMT, wenn sie Ma erst einmal als Präsidentschaftskandidaten nominiert hat, diesen jedoch nicht so schnell wieder fallen lassen und darauf beharren, dass Ma unschuldig, aber die Justiz von der DPP unterwandert sei. In Justizschelte ist die KMT immerhin geübt, und wie sehr sie zu Selbstgerechtigkeit tendiert, hat sie nachdrücklich unter Beweis gestellt mit ihren anhaltenden

Versuchen, die letzte Präsidentenwahl für ungültig erklären zu lassen. Dann böte sich eine weitere Aufweichung der Antikorruptionsklausel an. Auch wenn die DPP in dieser Hinsicht laxere Regeln hat als derzeit noch die KMT, erweise ein solcher Schritt, Bestechlichkeit und Veruntreuung wieder als lässliche Sünde hinzustellen (und die Justiz als politisch voreingenommen zu verleumdern), der taiwanischen Demokratie einen Bärendienst. Zudem würden die Wähler der KMT bei solch durchsichtigen Winkelzügen kaum folgen. (TT, 8., 14., 15., 16.2., 3.4.07; SCMP, 16.2., 19.3.07)

Ma Ying-jeou: Präsidentschaftskandidatur mit Risiken

Kaum hatte Ma Ying-jeou am 13.2. wegen seiner Korruptionsaffäre den KMT-Vorsitz niedergelegt, kündigte er seine Kandidatur bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im März 2008 an. Zwar war längst klar, dass Ma ins Präsidentenamt strebt, doch der Zeitpunkt für die Bekanntgabe seiner Kandidatur war so unerwartet wie die Umstände. Kommentatoren rühmten (und die politischen Gegenspieler kritisierten) Mas Mitteilung als geschickten Schachzug: So lenke er von dem Gerichtsverfahren ab und richte die allgemeine Aufmerksamkeit auf die längerfristige politische Perspektive.

Gleichwohl haben die Ereignisse Mas langfristige Planung reichlich durcheinandergebracht. Noch im Dezember und Januar hatte er durch ein Bündnis mit dem Juniorpartner PFP bzw. dessen unberechenbarem Vorsitzenden James Soong (Song Chuyu) geschickt dafür gesorgt, diesen potenziellen Konkurrenten ums Präsidenten-

amt bezeiten aus dem Weg zu räumen. (Vgl. C.a., 1/2007, S.151-153) Waren Mas Aussichten, zum KMT-Kandidaten gekürt zu werden, bislang unangefochten und ein Wahlsieg über die krisengeschwächte Regierungspartei DPP wahrscheinlich, sieht sich Ma nun etlichen Risiken gegenüber:

- Mas Stellung in der KMT ist geschwächt. Parlamentspräsident Wang Jin-pyng, der sich ebenfalls gern als Taiwans Präsident sähe, hat zwar kaum Aussichten, von der KMT nominiert zu werden, könnte gegen Ma aber als Unabhängiger antreten. Schon wenige Stimmenprozent für Wang könnten Ma dann den Sieg kosten.
- Der Ausgang des Gerichtsverfahrens ist ungewiss. Zwar beteuert Ma seine Unschuld – und womöglich kommt er mit einem blauen Auge davon –, aber das ist keineswegs ausgemacht. Würde er nach einem Schuldspruch in die Berufung gehen, könnte sich das Verfahren bis ins zeitliche Vorfeld der Wahl hinziehen und seinen Wahlkampf belasten. Womöglich würde sich die KMT sogar von ihm trennen müssen – wenig wahrscheinlich, aber nicht undenkbar.
- Schon jetzt ist Mas Ansehen in der Öffentlichkeit angekratzt. Wie Umfragen ergaben, genießt er unter seinen Anhängern zwar nach wie vor große Unterstützung – oder sogar größere denn je –, doch schon bei den Stadtverordneten- und Bürgermeisterwahlen in Taipei und Kaohsiung im Dezember 2006 hatte Ma, durch die damals bereits eingeleiteten staatsanwaltlichen Untersuchungen angeschlagen, für seine KMT nicht die erhofften Stimmenprozent

einfahren können (Vgl. C.a., 1/2007, S.86-88). Taiwans Wähler reagieren auf Korruptionsvorwürfe inzwischen recht sensibel, vor allem wenn sich einstige Hoffnungsträger etwas zuschulden kommen lassen. Bei den Kreis- und Kommunalwahlen im Dezember 2005 hatte dies schon die DPP schmerzlich erfahren musste (Vgl. C.a., 1/2006, S.66-79).

Wie stark sich diese möglichen Faktoren letztlich auswirken, ist nicht vorherzusehen. Zweifellos ist Ma noch immer ein starker und für die DPP gefährlicher Kandidat, dessen Fähigkeit, Wähler zu mobilisieren, nicht unterschätzt werden darf. Da aber in Taiwan derzeit das große Affärenaufdecken angesagt ist, mag es bis zu den Wahlen im Dezember 2007 (Legislativ Yuan) und im März 2008 (Präsident und Vizepräsident) noch weitere Überraschungen zu Lasten beider politischer Lager geben. Die Selbstgewissheit der KMT, schon bald über die verhasste DPP triumphieren und einen Machtwechsel herbeiführen zu können, ist jedenfalls dahin. Die kommenden Monate versprechen, in Sachen Macht- und Wahlkampf spannend zu bleiben. (TT, 13.2.07; WSJ, 16.2.07)

DPP: Vier Politiker im Rennen um Präsidentschaftskandidatur

Anfang März stand fest, wer in der Regierungspartei DPP ins Rennen um die Präsidentschaftskandidatur geht. Es sind die derzeitige Vizepräsidentin Annette Lü (Lü Xiulian), der DPP-Vorsitzende Yu Shyi-kun (You Xikun), der ehemalige Ministerpräsident Frank Hsieh (Xie Changting) und der derzeitige Ministerpräsident Su Tseng-

chang (Su Zhenchang). Alle vier gehören derselben Generation an wie der amtierende Präsident Chen Shui-bian und sind wie dieser in der Demokratiebewegung der 1980er Jahre aktiv gewesen, in ihrer Biografie also eng mit der Parteigeschichte verknüpft. Das Problem für die Partei besteht nun darin, sich für einen als Hauptkandidaten zu entscheiden – und eventuell für einen weiteren der vier (oder eine andere Person) als Kandidaten für die Vizepräsidentenschaft.

Zunächst versuchte es Präsident Chen mit Verhandlungen. Dem Ansatz, die beiden Aspiranten mit den besten Umfragerwerten ins Rennen zu schicken, widersetzte sich jedoch Parteichef Yu. Er möchte, dass die Partei "Vorwahlen" durchführt, bei denen vor allem die Meinung der Parteigenossen und DPP-Anhänger zum Tragen kommt. Eine ähnliche Regelung beschloss die Parteispitze schließlich Anfang April. In den Meinungsumfragen soll die traditionelle Oppositionsklientel, also Stammwähler der KMT oder ihrer Ableger, nunmehr unberücksichtigt bleiben. Yu Shyi-kun hatte den Personenkreis zunächst noch stärker einschränken wollen.

Die Partei lässt sich mit dem Auswahlverfahren Zeit bis Ende Mai. Die Kandidaten können diese Phase nutzen, für sich innerparteilich und in der landesweiten Öffentlichkeit zu werben. Als erster Akt im Nominierungswahlkampf fand gegen Ende März eine Fernsehdebatte statt, an der Annette Lü jedoch nicht teilnahm mit der Begründung, die veranstaltende Organisation sei ihr unfreundlich gesonnen.

Unter den vier Aspiranten, die scherzhafterweise auch als "Himmelskönige" be-

zeichnet werden – nach den vier Wächtergottheiten in der Eingangshalle buddhistischer Tempel – werden Frank Hsieh und Su Tseng-chang die besten Chancen eingeräumt. Beide stehen für eine zentrumsorientierte, pragmatische Politik. Die scharfzüngige Annette Lü dagegen dürfter ebensowenig für Wähler außerhalb der engeren DPP-Stammwählerschaft attraktiv sein wie der wenig redegewandte Yu, der wie die Vizepräsidentin, eher taiwannationalistisch orientiert ist.

Noch gänzlich offen ist die Frage, wer Vizepräsident werden könnte. Su Tseng-chang hat zwar erklärt, er könne sich jeden der anderen drei in diesem Amt vorstellen, falls er als Präsidentschaftskandidat ins Feld geschickt würde, ließ aber offen, ob auch er selbst die Vizepräsidentenschaft zu übernehmen bereit wäre, falls ein anderer das Rennen macht. Im Gespräch für dieses Amt ist auch die Bürgermeisterin von Kaohsiung, Yeh Chu-lan (Ye Julan). Hsieh erklärte bereits, sie wäre eine perfekte Wahl. (ST, 25.2., 5., 7.3.07; WSJ, 5.3.07; SCMP, 6., 25.3.07; FT, 7.3.07; TT, 9., 12., 20.3., 5.4.07)

Mehr Taiwanbewusstsein: neue Lehrbücher, Namen – und Amtssprachen?

Präsident Chen Shui-bian und seine taiwannationalistische Partei DPP sind schon seit längerer Zeit dabei, Taiwan als demokratisches Staatswesen auch in Namen und Symbolen erkennbar zu machen. Dabei geht es um Zweierlei:

1. um den Abschied von der China-Identität. So tragen viele Staatsbetriebe noch ein "China ..." oder "Chinesisch ..." im

Namen. Auch den offiziellen Staatsnamen "Republik China" (Zhonghua Minguo) würde die DPP am liebsten in "Republik Taiwan" ändern;

2. um Distanzierung von der diktatorischen Vergangenheit. Vor allem betrifft dies das Gedenken an Chiang Kaishek (Jiang Jieshi), der Taiwan bis zu seinem Tod im Jahr 1975 diktatorisch regierte und heute in der DPP als letztlich Verantwortlicher gilt für die blutige Niederschlagung des Volksaufstands vom 28.2.1947. So wurde im September 2006 Taiwans größter Flughafen, der "Chiang Kai-shek International Airport" (Zhongzheng Guoji Jichang), umbenannt in "Taoyuan International Airport" (Taoyuan Guoji Jichang) – nach der Stadt Taoyuan, in deren Sprengel er liegt.

Beide Punkte hängen zusammen: Es war die Chiang-Kaishek-Diktatur, die bis in die 1980er Jahre einen Alleinvertretungsanspruch auf ganz China beibehielt und Taiwan lediglich als Basis für eine militärische Rückeroberung des Festlandes ansah. Nahezu alle hochrangigen DPP-Politiker haben noch unter Chiangs Nachfolger, seinem Sohn Chiang Ching-kuo (Jiang Jinguo), als politisch Verfolgte unter diesem System gelitten und den Demokratisierungsprozess mit der Forderung nach einer politischen Beteiligung der Taiwaner und einer Selbstbestimmung Taiwans vorangetrieben. Das heutige Bestreben der DPP, Taiwans Demokratie und Eigenständigkeit auch nach außen hin zur Geltung zu bringen und die Symbole der moralisch anstößigen KMT-Diktatur zurückzudrängen, beruhen daher nicht auf diffusem Hass auf alles Chinesisch-Festländische, sondern auf persönlichen Erfahrungen der Politiker im

demokratischen Widerstandskampf. Da allerdings die Erben der KMT-Diktatur und die Vertreter eines chinesischen (statt taiwanischen) Nationalbewusstseins im "blauen" Oppositionslager nach wie vor eine starke Stellung innehaben, sind die von der Regierung gewünschten Änderungen nicht unumstritten; zudem wirft die Opposition der Regierung vor, den "ethnischen" Konflikt mit den vom Festland Gekommenen zu schüren und die Geschichte und die Taiwan-Identität parteipolitisch zu instrumentalisieren.

Die inhaltlich interessanteste Neuerung gab es Ende Januar bei den Geschichtslehrbüchern. So trägt die "Geschichte des Heimatlandes" (Benguo Shi) nun den Titel "Geschichte Chinas" (Zhongguo Shi) und wird auf einen Band zusammengestrichen; ihm zur Seite steht ein separater Band zur Geschichte Taiwans. Die Ausdrücke woguo (unser Land), benguo (Heimatland) und dalu (Festland) wurden sämtlich ersetzt durch Zhongguo (China). Beim "Landesvater" (guofu) Sun Yat-sen, der seinen Ehrentitel schon vor Jahren verlor, entfällt nun ein traditionell zum Ausdruck der Ehrerbietung üblicher, ein Zeichen breiter Leerraum vor dem Namen. Einigermaßen überraschend ist, dass die Zeit von 1895 bis 1945 nicht mehr als die der japanischen Besatzung erscheint, sondern als Ära der japanischen Verwaltung. Angesichts des Kolonialregimes erscheint eine derart milde Wortwahl schwerlich angemessen, wie auch die KMT kritisierte.

An den neuen Textbüchern wurde seitens chinanationalistischer Kreise heftige Kritik laut: Die Regierung habe politischen Einfluss ausgeübt, und es sei nur mehr ei-

ne einzige Sichtweise zugelassen, die die historischen Bezüge zwischen Taiwan und China leugne.

Anfang Februar gab das Wirtschaftsministerium für zwei Staatsbetriebe Namensänderungen bekannt:

Die "Chinese Petroleum Corporation" (Zhongguo Shiyou) solle in Zukunft "CPC Taiwan" (Taiwan Zhongyou) heißen. Bei der Firma löste der Plan keine Begeisterung aus, denn die Kosten der Umbenennung werden auf 70 Mio. TWD (1,6 Mio EUR) beziffert, und die Firma arbeitet derzeit ohnehin mit Verlust.

Ebenfalls umzubenennen sei die China Shipbuilding Corporation (Zhongguo Zaochuan), und zwar zu "Taiwan International Shipbuilding Corporation" (Taiwan Guoji Zaochuan). Die Firma erklärte, in der Vergangenheit habe es kaum je Unklarheiten darüber gegeben, dass es sich um ein in Taiwan ansässiges Unternehmen handle. Die Kosten der Umstellung wurden nicht beziffert.

Beide Unternehmen billigten die Umbenennung eine Woche später.

Mehr Aufsehen erregte die Umbenennung der "Chinesischen Post" (Zhonghua Youzheng) in "Taiwan Youzheng". Hier kam es zu massiven Protesten seitens der Angestellten; zudem legte sich die Opposition im Parlament quer, ohne deren Zustimmung eine entsprechende Gesetzesänderung nicht erfolgen kann. Am 28.2. erschien jedoch bereits die erste Briefmarke mit dem neuen Namen.

Weitere Umbenennungskandidaten sind die China Steel Corporation, die Central Bank of China und China Airlines.

Was den Umgang mit dem früheren Dik-

tator Chiang Kai-shek angeht, so hat Taiwan noch mehr zu tun – jedenfalls, wenn es dem Vorschlag des DPP-Vorsitzenden Yu Shy-kun (You Xikun) folgt. Demnach sollten alle Chiang-Kai-shek-Straßen umbenannt werden, alle öffentlichen Darstellungen Chiangs verschwinden, und von seinem Mausoleum solle die Ehrengarde abgezogen werden.

Die Umbenennungen von "China" auf "Taiwan" werden nicht nur von der VR China abgelehnt. Auch die USA sehen sie nicht als interne Angelegenheit Taiwans an, sondern erkennen die Gefahr einer schleichenden Änderung des Status quo. Premierminister Su Tseng-chang (Su Zhenchang) versuchte zwar, die Maßnahmen herunterzuspielen mit dem Argument, es gehe lediglich darum, Verwechslungen mit gleichnamigen festlandschinesischen Firmen zu vermeiden. Entsprechende Beispiele nannte er jedoch nicht. Zudem widersprach ihm Präsident Chen, der die Intentionen klar benannt hatte: dazu beizutragen, dass Taiwan ein vollwertiger, normaler Staat wird.

Im März schließlich legte das Kabinett den Entwurf eines "Nationalen Sprachentwicklungsgesetzes" vor, das die lokalen Dialekte und die Ureinwohnersprachen als "nationale Sprachen" aufwerten und ihrem Aussterben entgegenwirken soll. Deutsche und andere Zeitungen meldeten daraufhin, "Mandarin" sei in Taiwan "künftig nicht mehr offizielle Sprache". Dies ist jedoch eine Zeitungssente. Laut Premierminister Su soll es beim Hochchinesischen (englisch: Mandarin) als einziger Amtssprache bleiben. Anderes wäre auch weder praktikabel noch gegen die Stimmenmehrheit der Opposition im Parlament durchsetz-

bar.(TT, 30.1., 3., 8., 9., 10.2., 21.3.07; ST, 30.1., 10., 11.2., 21.3.07; WSJ, 2., 7., 9.2.07; CNAT, nach BBC PF, 8.2.07; FT, 13., 27.2.07; SCMP, 28.2., 1.3.07; NZZ, 1.3.07; Tagesspiegel, 21.3.07; Hamburger Abendblatt, 21.3.07)

Neue Charterflüge und Ausweitung des Grenzverkehrs

Vom 13. bis zum 26 Februar fanden anlässlich des chinesischen Neujahrsfestes wieder Charterflüge zwischen Taiwan und Festlandschina statt, um den in China lebenden Taiwanern die Heimreise zum Fest, das traditionell *en famille* begangen wird, zu erleichtern. Nach 2003, 2005 und 2006 war es das vierte Mal, dass diese temporären Direktverbindungen zustande kamen, und mittlerweile geschieht dies ohne große Diskussionen. In diesem Punkt jedenfalls ist zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße so etwas wie Normalität eingeleitet.

Die Auswahl der in China angeflogenen Städte blieb gegenüber dem Vorjahr gleich – es waren Beijing, Shanghai, Guangzhou (Kanton) und Xiamen. Die Zahl der Flüge erhöhte sich jedoch von 72 im Vorjahr auf nunmehr 96.

Dass der Flugverkehr zur Festsaison nunmehr wie selbstverständlich durchgeführt wird, ist ein gutes Omen für die anstehenden weiteren Entspannungsschritte, vor allem die Öffnung Taiwans für Touristen vom Festland. Zwar konnte der ursprünglich avisierte Termin – der Jahreswechsel 2006/2007 – nicht verwirklicht werden, doch ist von grundsätzlichen Hindernissen keine Rede. Im Gegenteil konkretisieren sich die Vorbereitungen auf taiwanischer Seite. So beschloss die Einwande-

rungsbehörde im März, dass taiwanische Reiseagenturen, die chinesische Reisegruppen betreuen, demnächst 2 Mio. TWD als Sicherheitsgeld hinterlegen müssen. Für jeden Chinesen, der illegal im Lande bleibt, werden der Agentur dann 200.000 TWD abgezogen.

Als weiteren Schritt zu mehr direktem Verkehr mit China wurde im März zudem eine Ausweitung des kleinen Grenzverkehrs beschlossen: Ab April können Festlandschinesen, die die für den Grenzverkehr geöffneten Inseln Kinmen (Quemoy, Jinmen) und Matsu (Mazu) besuchen, von dort auf die deutlich größeren Pescadore (Penghu Qundao) weiterreisen, die etwa in der Mitte der Taiwan-Straße liegen. Dort hofft man auf täglich 600 zusätzliche Gäste. Umgekehrt können die Einwohner des Archipels nun auch aufs Festland fahren, ohne den Zeit raubenden und kostspieligen Umweg über Taiwan und Hongkong oder Macau zu machen.(TT, 14.2., 3.3.2007; ST, 24.3.2007)

Abschluss der Wahlrechtsreform

Die große Wahlrechtsreform, die im Jahr 2005 mit einer Verfassungsänderung eingeleitet worden war (vgl. C.a., 4/2005, Ü45), konnte im Februar 2007 im Wesentlichen abgeschlossen werden. Die meiste Arbeit hatte die Festlegung neuer Wahlbezirke gemacht. Sie war durch die Verkleinerung des Parlaments von zuvor 225 auf nur mehr 113 Sitze und die Änderung des Wahlverfahrens nötig geworden. Dabei kam es zum Streit zwischen Regierung und Opposition, die bei bestimmten Grenzziehungen der Wahlbezirke jeweils für sich Nachteile befürchteten. Nachdem es gelungen war, sich

bei 15 Städten und Kreisen auf die Grenzen der Wahlbezirke zu einigen, blieben acht Städte und Kreise übrig, bei denen auch nach mehreren Verhandlungsrunden kein Kompromiss in Sicht war. Um die Neuregelung durchs Parlament zu bringen und im Anschluss den nötigen Vorlauf für die nächsten Parlamentswahlen im Dezember zu haben, war jedoch eine Einigung bis spätestens Ende Januar zwingend nötig. Schließlich blieb als Notlösung nur noch, das Los entscheiden zu lassen. Die auf diese Weise "ausgewürfelte" Lösung wurde dann tatsächlich von beiden Lagern akzeptiert – und so eine Verfassungskrise vermieden.

Insgesamt wird es in Zukunft 73 Wahlbezirke geben, in denen jeweils ein Abgeordneter direkt gewählt wird. 34 Volksvertreter kommen über Parteilisten ins Parlament, wobei eine Fünf-Prozent-Klausel gilt; die restlichen sechs Abgeordneten werden von den Ureinwohnern gewählt.

Während ein Wahlbezirk im Schnitt 305.000 Einwohner hat, gibt es trotz der Neugliederung einige erhebliche Abweichungen vom idealen Mittelwert. Dies gilt besonders für die Inselgruppen in der Taiwan-Straße. So wird der im dortigen Kreis Lienchiang (Lianjiang) gewählte Abgeordnete lediglich 10.100 Bürger vertreten. Der Wahlbezirk Hsinchu (Xinzhū) dagegen hat 460.700 Einwohner. Da einige besonders bevölkerungsschwache Kreise Hochburgen der Opposition sind, könnte die DPP, wie ein taiwanischer Politikprofessor errechnete, mehr als 55% aller Stimmen benötigen, um im Parlament auf eine Mehrheit zu kommen. Im Extremfall ließe sich eine Mehrheit in der Legislative sogar schon mit 30% der Stimmen erreichen,

sofern eine Partei alle kleinsten Wahlbezirke für sich gewinnen kann. Die DPP-nahe Presse sieht hier die Oppositionsparteien, vor allem die KMT, im Vorteil.

Eine letzte Hürde bleibt noch zu nehmen, ehe der nächste Urnengang erfolgen kann: Das Zustandekommen der Zentralen Wahlkommission soll auf Wunsch der Opposition neu geregelt werden. Bisher wurde sie von der Regierung eingesetzt, wobei die Zahl der Kommissionsmitglieder, die einer Partei zuordenbar waren, jeweils nicht mehr als zwei Fünftel betragen durfte. Nun möchte die Opposition, dass die Mitglieder gemäß dem Parteienproporz entsandt werden – mit der Folge, dass die Partei mit der stärksten Fraktion die Arbeit der Kommission bestimmen könnte. Eine Einigung ist bislang nicht in Sicht, doch sitzt hier die Opposition mit ihrer Stimmenmehrheit am längeren Hebel. Der Regierung bliebe als letztes Gegenmittel nur eine Verfassungsklage. (ST, 2.2.07; TT, 2., 5., 19., 26.2., 17.3.07)

Höherer Sozialetat zur Altenpflege

Taiwan will in den nächsten zehn Jahren 76 Mrd. TWD (knapp 1,7 Mrd. EUR) in den Ausbau der Altenpflege und anderer Fürsorgemaßnahmen stecken. Mit nur noch 12,56 Geburten pro 1.000 Einwohner im letzten Jahr und steigender Lebenserwartung wird der Anteil der Alten (65 Jahre und darüber) von derzeit noch 10% stark zunehmen – innerhalb von zehn Jahren auf 13%. Gleichzeitig nehmen Bereitschaft und Fähigkeit der Familien, sich um die Alten zu kümmern, ab. Derzeit sind etwa 200.000 alte Taiwaner nicht in der La-

ge, für sich selbst zu sorgen. Auch über 50jährige Behinderte sollen von dem neuen Programm profitieren, das 60.000 neue Arbeitsplätze schaffen wird. (WSJ, 8.2.07)